

Kulturförderung für ländliche Räume

Zusammenfassung des Themenraums »Kulturförderung«
im Rahmen des TRAFÖ Ideenkongress, 19. bis 21.9.2018 in Halle

von Christine Wingert

Vom 19. bis 21. September 2018 veranstaltete das Programm TRAFÖ-Modelle für Kultur im Wandel, eine Initiative der Kulturstiftung des Bundes, in Halle an der Saale einen bundesweiten Kongress zur Kultur, Alltag und Politik auf dem Land. Im Zentrum des Ideenkongresses standen die Kultureinrichtungen auf dem Land: Wie arbeiten sie und welche Aufgaben kommen auf sie zu? Wie müssen sie sich für neue Aufgaben verändern, und welche Unterstützung, welche Kulturförderung brauchen sie dafür?

Die Kulturpolitische Gesellschaft e.V. war Partner des TRAFÖ-Programms für die Ausgestaltung des Themenraums »Kulturförderung« am 21.9.2018 im Rahmen des TRAFÖ-Ideenkongresses.

Die Bedingungen für Kultur sind in ländlichen Regionen aufgrund deren jeweiliger wirtschaftlicher, demografischer und historischer Entwicklung so unterschiedlich, dass auf dem Kongress die Vielfalt der Erfahrungen und Bedarfe von Akteuren aus Kultureinrichtungen und Kulturpolitik vor Ort in den Blick genommen werden sollte. Daher bezog die Kulturpolitische Gesellschaft, ein bundesweiter Zusammenschluss kulturpolitisch interessierter Menschen, für die Konkretisierung der zu diskutierenden Themen ihre Mitglieder ein, in einem ersten Schritt ihre Regional- und Landesgruppen. Die Geschäftsstelle in Bonn bat deren Sprecher*innen um Vorschläge zum Thema und formulierte daraus neun Thesen zur Kulturförderung in ländlichen Räumen. Die informellen regionalen Gruppen ermöglichen Austausch, kulturpolitische Debatte und Engagement vor Ort. So wurde beispielsweise in der Landesgruppe Niedersachsen – angeregt durch diese vorbereitende Kommunikation zum TRAFÖ-Ideenkongress – das Thema Kulturförderung in ländlichen Räumen in einer regionalen Diskussionsveranstaltung im Vorfeld des Kongresses aufgegriffen. In einem zweiten Schritt rief die Geschäftsstelle alle Mitglieder und Interessierten über die Online-Medien des Vereins auf, diese neun Thesen zu gewichten.

Dieses Verfahren und zahlreiche Kommentare und Hinweise auf interessante Projekte ergaben eine gute Bandbreite an relevanten Themen, die in Form von sechs Thesen Ausgangspunkte für die Diskussionen in Arbeitsgruppen (»Thesentischen«) waren. Dort wurde gefragt: Ist dem so, wie die These andeutet und inwiefern bzw. inwiefern nicht? Was müsste bei der Förderung von Kultur in ländlichen Räumen geändert oder verstärkt werden? Worauf sollte sich künftige Kulturförderung stärker fokussieren? Welche Ebene bzw. welcher Akteur kann welche Förderung leisten: Kommunen, Verbände, Stiftungen, Länder, Bund etc.?

Im Nachgang des Kongresses haben die Moderator*innen – basierend auf den Diskussionen der Thesentische – die sechs Ausgangsthesen kommentiert, zugespitzt, ergänzt oder umformuliert.

I. Ausgangslage für Kultur in ländlichen Räumen

Entstanden sind so sechs Thesen, die Bedingungen für eine bedarfsorientierte und zukunftsfähige Kulturarbeit in ländlichen Räumen benennen. Somit beleuchten sie von verschiedenen Perspektiven die virulenten Handlungsfelder für Kulturpolitik auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, die Kulturakteure in ländlichen Räumen stärken will. Diese werden im Folgenden dargestellt. Aus den Diskussionen ergaben sich darüber hinaus Vorschläge und kulturpolitische Forderungen, die im zweiten Teil zusammengefasst und mit aktuellen Entwicklungen hinterlegt werden.

1. Diversität ländlicher Räume berücksichtigen

Was in der Raumordnung und der Politik für ländliche Räume selbstverständlich ist, hat sich erst in den letzten Jahren auch im kulturpolitischen Diskurs durchgesetzt: Ländliche Räume unterscheiden sich aufgrund ihrer geografischen Lage und Geschichte, ihrer Bevölkerungsdichte und Infrastruktur (Verkehr, Verwaltung, soziale, Bildungs-, Kultureinrichtungen etc.) sowie aufgrund sozioökonomischer und anderer Faktoren erheblich, sodass die Rede vom ländlichen Raum (im Singular) nicht zielführend ist. Während einige Gemeinden und Regionen unter dem demografischen Wandel leiden, sind andere Kommunen stabil oder gar von Zuzug und Wachstum geprägt (und diese sind nicht nur im »Speckgürtel« von Metropolen zu finden!). Auch in wohlhabenden ländlichen Regionen sind Kulturakteure auf Kulturförderung angewiesen, haben aber andere Bedarfe als diejenigen in Regionen, deren kulturelle Infrastruktur von Abbau und Schließungen bedroht ist. Also gilt es nicht nur die oftmals an urbanen Maßstäben orientierte Förderpraxis auf Bedarfe in ländlichen Räumen auszurichten (z.B. Fragen der Mobilität, Bagatellgrenzen). Kulturförderung muss auch zwischen den ländlichen Räumen differenzieren, die Rolle von Klein- und Mittelstädten reflektieren und den jeweils besonderen Bedarfen und Strukturen Rechnung tragen.

Der Thesentisch wurde moderiert von Dr. Annette Jagla (Kulturmanagement und Beratung, Hamburg), unterstützt wurde sie von Ann-Kathrin Schmidt (Programm-Koordinatorin LandKulturPerlen, Hessen) und Torsten Sowada (Dehnungsfuge LKJ Sachsen-Anhalt).

2. Kultur und Region zusammen entwickeln

Der seit einigen Jahrzehnten sich vollziehende gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturwandel in ländlichen Gebieten ist so komplex, dass die Regionalentwicklung mit integrierten Konzepten arbeitet. Diese enthalten in der Regel auch ein Kapitel zum Thema Kunst und Kultur. Die kulturelle Entwicklung in ländlichen Räumen hängt von vielen Faktoren ab, die nicht vom Kultursektor allein beeinflusst werden können: Verkehrsanbindung und Breitband-

versorgung, die Nähe von Bildungseinrichtungen sowie attraktiven Arbeitsplätzen und vieles mehr bestimmen die Lebensqualität in einer Region, ihre Sozialstruktur, das Bildungsniveau und somit auch das Milieu, in dem sich Kultur entfalten kann. Während man sich also einig zu sein scheint, dass Kunst und Kultur integrale Bestandteile jeder zukunftsweisenden Stadt- und Regionalentwicklung sind, hapert es in der Förderpraxis oftmals an der politikfeldübergreifenden Umsetzung. Für die kulturelle Entwicklung einiger ländlicher Kommunen ist sie jedoch essenziell.

Der Thesentisch wurde moderiert von Thomas Krueger (Niedersächsischer Heimatbund e.V.), unterstützt wurde er von Lars Fischer (Büro für Landschaftskommunikation, Eberswalde) und Dr. Katja Drews (Landkreis Holzmin-den, Kulturzentrum Weserrenaissance Schloss Bevern).

3. Regionale Kooperationen und Verbünde fördern

Regionale Kooperationen oberhalb der Gemeinde- oder Kreisebene können einerseits finanzielles und personelles Einsparpotenzial erschließen, andererseits Synergien und Qualitätssteigerungen ermöglichen. Die Initiative und das Interesse für einen solchen Verbund wie auch die Ausgestaltung der Organisationsform und die Aufgabenzuweisung müssen von der kommunalen Ebene ausgehen. Das jeweilige Bundesland sollte sich aber in jedem Fall und verlässlich an der Finanzierung beteiligen. Eine Kulturförderung auf regionaler Ebene bietet die große Chance, sich von der »Projektitis« zu lösen und eine langfristig orientierte Kulturentwicklung anzugehen.

Der Thesentisch wurde moderiert von Olaf Martin (Landschaftsverband Südniedersachsen) unterstützt von Dr. Julia Ackerschott (Kulturmanagerin).

4. Neue Funktionen von Kultureinrichtungen unterstützen

Kultureinrichtungen befinden sich in einem Selbstvergewisserungsprozess zwischen ihrer Ausgangsfunktion und zusätzlichen Funktionen in einer sich wandelnden Gesellschaft. Gerade in strukturschwachen Gebieten agieren lokale Kultureinrichtungen über die Stadtgrenzen hinweg als Ankerpunkte für Kulturschaffende, Künstler*innen und Engagierte. Mit hauptamtlichen Leiter*innen ausgestattet sind sie in der Lage, Kulturträgern im Umland Expertise zu bieten, Kooperationen zu organisieren oder mit Angeboten in die Region zu gehen. Eine andere, wichtige Funktion für Kultureinrichtungen in strukturschwachen Regionen, die in Anlehnung an das Konzept des amerikanischen Stadtsoziologen Ray Oldenburg aktuell diskutiert wird, ist die der »Dritten Orte«, zu verstehen als frei zugängliche Orte der regelmäßigen Begegnung und des informellen Austauschs (neben Arbeitsplatz und Zuhause).

Der Thesentisch wurde moderiert von Annegret Schwiening (Landesverband der Musikschulen in NRW e.V.), unterstützt von Thors-ten Scheerer (Jacobson Haus, Seesen) und Christian Burmeister-van Dülmen (Theater Lindenhof, Melchingen).

5. Engagement, Kümmerer und Raumpioniere stärken

In ländlichen Gebieten, besonders dort, von wo es zur nächsten Kultureinrichtung ein weiter Weg ist, kommt der Eigeninitiative von Bürger*innen (Selbstorganisation und Engagement) eine besondere Bedeutung zu. Von den klassischen Instrumenten der Kulturförderung werden Menschen, die sich um das (kulturelle) Leben vor Ort kümmern, in der Regel jedoch nicht erfasst und manche Theatergruppe oder mancher Chor findet es gar ehrenrührig, Fördermittel zu beantragen. Daher sollte Kulturförderung insbesondere auf das Auffinden von »Kümmerern«, Engagierten und »Raumpionieren« (Mikro-Netzen) ausgerichtet sein und diesen möglichst unbürokratische Unterstützung bieten: Finanzhilfe, Beratung, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit sowie bestmögliche Rahmenbedingungen.

Der Thesentisch wurde moderiert von Beate Kegler (Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim), unterstützt von Micha Kranixfeld (Syndikat Gefährliche Liebschaften).

6. Projekt-, Konzept- und Prozessförderung weiterentwickeln

Institutionelle Förderung bietet Kultureinrichtungen eine Existenzgrundlage. Zugleich binden institutionelle Förderverpflichtungen große Teile von öffentlichen Kulturhaushalten und schränken somit den Handlungsspielraum von Kulturpolitik massiv ein. In einigen ländlichen Regionen allerdings stellt Projektförderung das einzig verfügbare Förderinstrument dar. Hier wird Projektförderung, die eigentlich Freiräume für Experimente schaffen soll, zur Existenzsicherung von Kulturschaffenden und kleinen Einrichtungen. Sie stellt sie unter fortwährenden Innovationsdruck und bindet durch Antragstellung, Dokumentation und Nachweispflichten viel Kraft und Zeit. Damit perpetuiert sie die prekäre und instabile Lage von Kulturschaffenden, Initiativen und kleinen Einrichtungen.

Der Thesentisch wurde moderiert von Dr. Eckhard Braun (Kulturwissenschaftler und Kulturmanager), unterstützt von Anne Pallas (Landesverband Soziokultur Sachsen e.V.).

II. Forderungen an die Kulturpolitik

Den genannten Handlungsfeldern wurde von den Beteiligten eine besondere Bedeutung im Rahmen künftiger Kulturförderpolitiken zugesprochen. Die Diskussionen an den Thesentischen über diese Handlungsfelder mündeten in kulturpolitische Vorschläge und Forderungen, wobei jede Ebene – Kommunen und Kreise, Länder, Bund und die EU – entsprechend ihrer Kompetenzen angesprochen ist. Trotz der sehr unterschiedlich gelagerten Ausgangsthesen, kamen die Thesentische zu ähnlichen Ergebnissen. Daher werden diese in zwei Blöcken zusammengefasst: den politischen Maßnahmen einerseits (II.1) und den Instrumenten der Kulturförderung andererseits (II.2).¹

Die zahlreichen Vorschläge für eine an ländliche Verhältnisse angepasste Kulturförderung zielen – wenn auch in unterschiedlich konkreter Weise – auf drei Ebenen:

- Künstler*innen, Kulturschaffende und Engagierte, die in ihrer Verschiedenheit für künstlerischen und inhaltlichen Input sorgen,
- Kultureinrichtungen, vor allem bei Transformationsprozessen und der Übernahme neuer Funktionen,
- Interkommunale/regionale Kooperationen, die ihrerseits fördernde Strukturen sind; sie müssen von der Politik gewollt und unterstützt werden.

1. Politische Maßnahmen

Als Grundlage für Kulturförderung in ländlichen Räumen wurden zwei zentrale Ziele herausgestellt, nämlich:

- kulturelles Schaffen und Erleben als Faktor für Lebensqualität in ländlichen Räumen zu erhalten und – wo nötig – zu verbessern, und konkret
- die kulturelle Infrastruktur zu erhalten, zu transformieren und zu stärken; denn »Kultureinrichtungen übernehmen Verantwortung für gelingende gesellschaftliche Prozesse und stärken die Demokratie. Sie sind systemrelevant und gehören zur Daseinsvorsorge.« (Schwiening/Burmeister-van Dülmen/Scheerer)

Die ländlichen Gebiete in Deutschland haben seit der industriellen Revolution (und seit den Zäsuren der beiden Weltkriege) sehr unterschiedliche Herrschafts- und Wirtschaftsgeschichten und sich daher auch kulturell unterschiedlich entwickelt. Lange Zeit wurden die gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Auswirkungen des Strukturwandels in der Landwirt-

1 Da einige Forderungen in mehreren Protokollen der Moderator*innen formuliert wurden, wird aus Gründen der Lesbarkeit nicht jede Aussage namentlich zitiert. Von den Mehrfachnennungen wurde jeweils eine Formulierung ausgewählt, die sich für die vorliegende Zusammenfassung am besten eignete.

schaft und der nachgelagerten Industrie in der kulturpolitischen Debatte viel zu wenig beachtet – im Gegensatz zum Strukturwandel in industriellen Ballungsgebieten wie dem Ruhrgebiet. Erfreulicherweise hat sich dies in den letzten Jahren gewandelt und inzwischen wird auch nicht mehr in der Dichotomie von Stadt und Land gedacht, sondern die Diversität ländlicher Räume, die je nach Perspektive auch Klein- und Mittelstädte einschließen, hinsichtlich ihrer demografischen, sozioökonomischen und kulturellen Entwicklung in den Blick genommen.

Die Diversität ländlicher Räume lag den Diskussionen an den «Thesentischen» gleichsam als Prämisse zugrunde. Die aus sehr unterschiedlichen Regionen zusammengekommenen Kulturakteure tauschten sich weniger darüber aus, in welcher Weise sich demografische, sozioökonomische und andere regionale Eigenheiten in Kulturangeboten bzw. -bedarfen spiegeln würden. Aber sie hielten fest: »Es gibt keine allgemeingültige Kulturförderung, die in allen Destinationen gleichermaßen erfolgreich ist. Kulturförderung muss zukünftig dialog-, bedarfsorientiert und deutlich stärker in der Bottom-up-Modellierung gedacht werden.«

(Jagla/Schmidt/Sowada)

1.1 Kulturelle Handlungskompetenz der Kommunen stärken

Die lokalen und regionalen kulturellen Besonderheiten und somit die kulturpolitischen Erfordernisse könnten, so die breite Überzeugung der Beteiligten, am besten die Kommunen berücksichtigen. Daher komme ihnen für die bedarfsgerechte Kulturförderung in ländlichen Räumen eine besondere Bedeutung zu.

Diese Wahrnehmung entspricht der bundesdeutschen kulturpolitischen Realität: In der Tat bringen die Städte und Gemeinden knapp 45 Prozent der öffentlichen Ausgaben für Kultur in Deutschland auf, mehr als die Länder (40,3%) oder der Bund. Auch im Verhältnis zu ihren Gesamtetats verausgaben die Kommunen mit 2,26 Prozent mehr für Kultur als die Länder (1,76%) und der Bund (0,96%) (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2018: 21).

Allerdings ist eine – nicht nur auf dem TRAFÖ Ideenkongress – ebenso vehement vorgetragene Erfahrung, dass gerade kleinere Kommunen kaum Mittel für Kulturförderung und auch in geringem Maße kulturfachliche Ansprechpartner in Politik und Verwaltung haben. Auch dies bestätigen der oben zitierte Kulturfinanzbericht 2018 oder Bestandsaufnahmen, wie sie beispielsweise der Landeskulturbericht Nordrhein-Westfalen 2017 vorgelegt hat: 20 Prozent der Gemeinden, die sich 2014 an der Befragung des Landes NRW beteiligten, haben kein Kulturamt oder -büro, und dies sind im Wesentlichen kleinere Städte und Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohner*innen (MFKJKS NRW 2017: 95). Zugleich wird betont: »Die Daten zeigen, dass die kommunale Kulturarbeit/-verwaltung in der Regel erst ab einer Gemeindegröße von 50.000 Einwohnern auf einen breiteren personellen Überbau zurückgreifen kann. Das sagt nichts aus über den Wert der in kleinen Gemeinden geleisteten Arbeit, wohl aber über die verfügbaren arbeitszeitlichen Ressourcen.« (ebd.: 96)

Der tatsächliche Bedarf an mehr und besserer Unterstützung durch die kommunale Politik und Verwaltung zeigt sich natürlich nur in jeder Gemeinde und Region in der alltäglichen Kulturpraxis. Denn die Größe einer Gemeinde sagt nichts über deren ländlichen Charakter oder den Förderbedarf der dortigen Kulturschaffenden aus. So ist anzunehmen, dass der Bedarf an öffentlicher Kulturförderung in kleinen Gemeinden beispielsweise im Speckgürtel von Großstädten ein anderer ist als in solchen inmitten einer weiträumig ländlichen Region, da auch die sie umgebende Infrastruktur eine andere sein dürfte. So begründen oftmals Politiker*innen in großstadtnahen Kommunen gering ausgeprägte öffentliche Kulturfinanzierung und -arbeit mit der Erreichbarkeit der Einrichtungen und Angebote in der Stadt. Übersehen werden dabei jedoch die eingeschränkte Mobilität von Kindern, Älteren und anderen Menschen sowie die große Bedeutung von wohnortnaher Kultur für die Identifikation mit dem Lebensumfeld, für die Übernahme von Verantwortung und die Bereitschaft zur Mitgestaltung.

Die im Themenraum »Kulturförderung« mehrfach formulierte Forderung nach einer Stärkung der Kulturkompetenzen der Kommunen basiert offensichtlich auf entsprechend negativen Erfahrungen: »Kleine Kommunen in ländlichen Räumen müssen hinsichtlich ihrer Finanzausstattung und hinsichtlich ihrer kulturpolitischen Kompetenz gestärkt werden, um sie zur Förderung von Kulturarbeit zu befähigen.« (Braun) Dies könne »über eine Umverteilung der Steuermittel, über verpflichtende Kulturmittel (z.B. durch Kulturpauschalen im GfG)«² erfolgen (Schwiening/Burmeister-van Dülmen/Scheerer).

»Oft gibt es einen eklatanten Unterschied in der Kompetenz für kulturelle Prozesse zwischen den Engagierten und kommunalen Entscheidungsträger*innen. Ihre Entscheidungskompetenz muss durch regelmäßige Weiterbildung, Einstellung von ›Exot*innen‹ in der Verwaltung, Beratung durch Akteur*innen oder die Einrichtung einer Servicestelle, die Entscheidungsgrundlagen entwickeln kann, gestärkt werden.« (Kegler/Kranixfeld) Zudem sollten sie ein »offenes Rathaus als Ideensammelstelle und Vernetzungsort« anbieten (ebd.).

1.2 Kulturelle Handlungskompetenz der Landkreise stärken

Die Kulturkompetenz von Landkreisen ist in den Bundesländern unterschiedlich ausgestaltet. Wiederholt wurde im Themenraum »Kulturförderung« gefordert, dass die Landkreise mehr Verantwortung und Aufgaben im Rahmen der Kulturförderung übernehmen. Insbesondere in Regionen, wo die Gemeinden aus finanziellen und personellen Gründen nicht zu eigener Kulturarbeit, Kulturförderung und Koordinationsleistungen in der Lage sind, komme den Kreisen große Bedeutung zu. Dafür gibt es gute Beispiele, die andernorts Schule machen sollten.

2 GfG = Gemeindefördergesetz

Auch bei regionalen Kulturentwicklungsprozessen werden Landkreisen wichtige Funktionen zugesprochen: »Regionalkonferenzen und andere dialogorientierte Formate bieten die Möglichkeit, gemeinsam und koordiniert an Kulturentwicklungskonzepten zu arbeiten, die Synergien schaffen und ressortübergreifend angelegt sind. Landkreise können auf dieser Grundlage die Funktionen der Koordination, Unterstützung und Beratung von Kulturakteuren und Kommunalverwaltungen übernehmen. Dabei kann auch die Qualität des vorhandenen Angebots gemeinsam überprüft werden, um Fördermittel zukunftsweisend einzusetzen. Die Verzahnung mit landesweiten Kulturentwicklungsplänen wird als sinnvoll eingeschätzt.« (Jagla/Schmidt/Sowada) Auch dafür gibt es erfolgreiche Beispiele, die zur Nachahmung empfohlen werden.

1.3 Interkommunale Zusammenarbeit fördern³

Mit »regional« ist in diesem Zusammenhang eine Handlungsebene gemeint, die oberhalb der Kommunen und unterhalb des Bundeslandes liegt. In Ländern mit großen Landkreisen kann die so gemeinte Region mit dem Landkreis identisch sein, ansonsten umfasst sie mehrere Landkreise. Die Zugehörigkeit zum selben Kulturraum kann auch eine länderübergreifende Zusammenarbeit begründen.

Die Etablierung von Kulturförderung auf dieser regionalen Ebene kann mit unterschiedlichen Formen und Funktionen erfolgen:

- als lockere Arbeitsgemeinschaft mehrerer Kommunen und Akteure, die häufig projekt- oder themenbezogen, teils auch befristet ist
- oder als institutionelle und dauerhafte Kooperation, in privatrechtlicher Form (Verein, GmbH) oder als öffentlich-rechtliche Körperschaft mit gesetzlicher Grundlage (höherer Kommunalverband, Zweckverband).

Die Aufgabe einer solchen Kooperation kann auf eine Kultursparte beschränkt sein (z.B. Museumsverbund), die gesamte Kultur einbeziehen oder mehrere Politikfelder umfassen (z.B. Regionalverbände mit Zuständigkeit auch für Wirtschaftsförderung, Regionalmarketing u.ä.).

Unabhängig von der Form kann ein solcher regionaler Verbund

- der Kooperation und gemeinsamen Nutzung finanzieller und personeller Ressourcen dienen,
- Fachpersonal vorhalten und Beratungsdienstleistungen anbieten,
- selbst Fördermittel verwalten und vergeben.
- Träger von Kultureinrichtungen sein.

3 Dieses Kapitel entspricht dem Protokoll von Olaf Martin und Julia Ackerschott.

Die Erfahrungsberichte und die Diskussion am Thesentisch zeigten sowohl die Chancen als auch mögliche Probleme einer solchen Regionalisierung von Kulturförderung auf:

- a) Für die beteiligten Kommunen kann die Regionalisierung ein ›Ablasshandel‹ sein, durch den sie sich von der eigenen Verantwortung für Kulturförderung freikaufen. Der Kooperationsgewinn durch die Regionalisierung wird dann durch Einsparungen auf kommunaler Ebene nivelliert.
- b) Befinden sich Kultureinrichtungen bei den Kommunen in einer existenzbedrohenden Krise, kann die Verlagerung von Trägerschaften oder Finanzierungspflichten auf die regionale Ebene allerdings auch deren Rettung bedeuten. Die freiwillige und dadurch immer wieder gefährdete Aufgabe der Kulturförderung wird für die Kommune zumindest finanziell zur vertraglichen Verpflichtung gegenüber dem regionalen Verbund.
- c) In den meisten Fällen ergibt sich durch regionale Kulturkooperationen für die Kultur eine erhöhte Sichtbarkeit und ein Bedeutungszuwachs. Denn ein solcher Verbund stellt für Kulturschaffende und kleine Kommunen sowohl einen klar zuständigen Ansprechpartner als auch einen Fürsprecher gegenüber höheren politischen Ebenen dar.
- d) Kooperieren im regionalen Rahmen mehrere Kultureinrichtungen von unterschiedlicher Größe und Ausstattung, kann das im günstigeren Fall zu einem fruchtbaren Know-how-Transfer und einer Qualitätssteigerung führen. Im ungünstigen Fall führt es bei den größeren Einrichtungen zur Angst, ausgenutzt zu werden bzw. vor einem ›Aussaugen‹ und in der Folge zu Kooperationsverweigerungen.
- e) Wird die Region für eine Kooperation zu groß definiert, kann allein schon die große Zahl der potenziellen Akteure und Partner die Zusammenarbeit erschweren, insbesondere, wenn die personell-finanzielle Ausstattung der Kooperation zu knapp bemessen ist.
- f) Hat ein regionaler Verbund umfassendere, nicht nur kulturelle Aufgaben (z.B. in der Wirtschaftsförderung, der Raumplanung, dem Tourismus oder im Sozialwesen) kann das je nach den konkreten Umständen für die Kultur Vor- oder Nachteile haben: Ein sehr gewichtiger und finanzstarker Verband bietet den dort angesiedelten Kulturfachleuten einen starken Rückhalt und erleichtert die Abstimmung mit anderen Politikfeldern; diese Konstellation kann aber auch zu einer Instrumentalisierung der Kulturförderung und Einengung auf letztendlich wirtschaftliche (z. B. kulturtouristische) Zielsetzungen führen.
- g) Die regionale Ebene hat eine gewisse Distanz zu den Einzelinteressen und der Tagespolitik der kommunalen Ebene. Das erleichtert eine Förderung und Durchführung auch von unspektakulären Maßnahmen, es erlaubt einen längeren Atem und die Orientierung an langfristigen Zielen für die gesamte Kulturregion.
- h) Die von den Kommunen aktivierbaren Mittel zum Aufbau und Unterhalt einer regionalen Kooperation sind oft so knapp, dass für das einzelne Mitglied kein fühlbarer Koopera-

tionsnutzen generierbar ist. Bei allen erfolgreichen Kulturkooperationen trägt das jeweilige Bundesland zu deren Finanzierung bei.

Vor diesem Hintergrund wurden zwei wesentliche Schlussfolgerungen formuliert:

1. Die Initiative und das Interesse für eine regionale Kooperation müssen von der kommunalen Ebene ausgehen. Die Landesebene sollte sich aber in jedem Fall und verlässlich an deren Finanzierung beteiligen.
2. Regionale Kooperationen im Kulturbereich bieten die große Chance, sich von der »Projektitis« zu lösen und eine langfristig orientierte Kulturentwicklung anzugehen.

1.4 Vernetzung der Förderebenen und Ressorts

»Politik im und für den ländlichen Raum«, so die Raumwissenschaftlerin Ulrike Grabski-Kieron, »ist weniger Sektorpolitik als vielmehr ein politisches Handlungsfeld, in dem verschiedene raumwirksame Politiken zusammenwirken. (...) Sie ist in das Mehrebenensystem von EU-, Bund und Bundesländern eingebunden. Als raumwirksame Politik unterliegt sie dabei den Regelungsprinzipien von Subsidiarität und Gegenstrom« (Grabski-Kieron 2016: 24-25). In der Tat ist in der Politikgestaltung generell die zunehmende Verschränkung der Akteurebenen, sowohl vertikal als auch horizontal, zu beobachten: Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, zwischen öffentlichen, privat-wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie zwischen verschiedenen Politikfeldern.

So wird auch die Kulturförderung in ländlichen Räumen von den Konferenzteilnehmer*innen als Querschnittsaufgabe angesehen, die die Bereiche Wirtschaft, Bauen, Soziales und Bildung, Tourismus oder Infrastruktur betreffen kann. Eine lebendige Kulturszene und gute kulturelle Infrastruktur wirke in diese Bereiche hinein, umgekehrt brauche es »mehr Aufmerksamkeit für Probleme aus anderen Bereichen, die die Kultur ebenfalls betreffen: Beispiele sind der Ausbau von Breitband und Mobilfunk oder der Fakt, dass viele Leerstände (mögliche Kulturorte) nicht nutzbar sind, weil sie (internationale) Spekulationsobjekte sind.« (Kegler/Kranixfeld).

Für eine Verbesserung der Förderinstrumente für Kultur wird »eine bessere Vernetzung der Förderebenen und der Ressorts, sowohl vertikal als auch horizontal« gefordert (Schwiening/Burmeister-van Dülmen/Scheerer), wobei mit den Förderebenen die Kommunen, die Länder, der Bund und die EU angesprochen sind. Ansätze dafür gibt es, z.B. auf Bundes- und Länderebene, das ist jedoch ein komplexes und noch ausbaufähiges Unterfangen.

Für eine bessere ressortübergreifende Abstimmung auf kommunaler Ebene wird vorgeschlagen, dass »Kulturprofis in den anderen Bereichen als Teil der Kreis- oder Stadtentwicklung automatisch einbezogen sind. Dadurch kann ein sektoren- oder ressortübergreifendes Denken und Handeln gefördert werden.« (Krueger/Drews/Fischer) Beispielhaft werden kulturell bedeutsame Themen wie die regionale Baukultur oder außerschulischen Lernorte genannt, die so auch eine größere Wertschätzung in anderen betreffenden Ressort erhalten könnten

(hier: Bauamt bzw. Schulamt). Eine Schnittstelle wird in ländlichen Gemeinden und Kreisen auch häufig im Bereich Kultur und Tourismus und damit auch Wirtschaftsförderung gesehen, wobei – so wird in einer Arbeitsgruppe bemängelt – Letztere in der Regel »nur die profitablen kulturellen ›Highlights‹ und ›Events‹« im Blick haben und nicht »die alltägliche Kulturarbeit der Kleinen in ihrer touristischen Wirkung« (Krueger/Drews/Fischer). Dr. Hildegard Kaluza, Leiterin der Kulturabteilung im NRW-Kultur- und Wissenschaftsministerium, gab auf dem Kongress zu bedenken, dass in kleinen Gemeinden häufig keine Personen mehr innerhalb der Verwaltung für Kultur zuständig seien. Dort müssten kulturpolitische Impulse von der Politik, heißt den Gemeinderäten ausgehen.

Auf Länderebene, dies berichteten Dr. Annette Schwandner der Kulturabteilungsleiterin im niedersächsischen Kultur- und Wissenschaftsministerium und Staatssekretärin Petra Olschowski vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, gibt in verschiedenen Kontexten und in unterschiedlicher Intensität ressortübergreifende Abstimmung und Zusammenarbeit: So beteilige sich beispielsweise das niedersächsische Innenministerium bei finanziellen Engpässen in Kommunen an der Kulturfinanzierung, auch die Zusammenarbeit zwischen dem Kultur- und dem Sozialministerium funktioniere in Niedersachsen gut. Die Feststellung, dass das Finanzministerium leider eine recht restriktive Haltung habe, verband Frau Schwandner mit dem Hinweis, dass die Politik die Bedeutung von Kultur nicht so sehe, »wie wir uns wünschen«. Als ständiges und inzwischen gut ausgebautes Thema der ressortübergreifenden Kooperation mit dem Kultusministerium nannte Frau Olschowski die Kulturelle Bildung. Zudem habe im Zuge der generell gestiegenen Aufmerksamkeit auf Kultur in ländlichen Räumen der Austausch mit dem Ministerium für Ländlichen Raum zugenommen.

2. Instrumente der Kulturförderung

Die Förderlandschaft für kulturelle Aktivitäten, Initiativen und Kultureinrichtungen hat in Deutschland eine lange Tradition, sie ist sehr vielgestaltig und wird von sehr unterschiedlichen Geldgebern geleistet – von der lokalen bis zu EU-Ebene. Einen Überblick über alle Förderinstrumente, die Kultur in ländlichen Räumen stärken, hat sicher niemand. Daher sind auch die auf dem TRAFO-Ideenkongress formulierten Forderungen nicht alle neu, einige der geforderten Ansätze werden schon erprobt. Dennoch zeigt die folgende Zusammenstellung die Aspekte auf, die den Kulturakteuren besonders wichtig sind. Deutlich wird daran auch der Bedarf, den Transfer von Erfahrungen und Wissen über bewährte Praktiken der Kulturförderung zwischen den Fördermittelgebern zu organisieren.

Grundsätzlich sei bei der Ausgestaltung von Förderprogrammen und Maßnahmen für Kultur mehr »Vertrauen in die Kulturschaffenden, Achtsamkeit für ihre Bedingungen und vor allem Vertrauen in die Prozesse« notwendig (Schwiening/Burmeister-van Dülmen/Scheerer) – und dies wurde sicherlich nicht nur mit Blick auf Kultur in ländlichen Räumen artikuliert.

Aus den Diskussionen an den Thesentischen kristallisierten sich sieben Forderungen für Kulturförderung in ländlichen Räumen heraus:

- Engagement fördern
- Förderung für Künstler*innen existenzsichernd gestalten
- Bottom-up-Prozesse organisieren bzw. unterstützen
- Förderformen diversifizieren
- Entbürokratisierung wagen
- Kommunale oder regionale Verfügungsfonds einrichten
- Beratungsstrukturen ausbauen

Diese wurden in unterschiedlicher Tiefe diskutiert und zum Teil mit konkreten Vorschlägen hinterlegt, die im Folgenden in fünf Punkten zusammengefasst werden.

2.1 Engagement fördern

Die Engagementförderung hat in den letzten Jahren auf allen politischen Ebenen an Aufmerksamkeit gewonnen und betrifft neben Kultur vor allem Felder wie Wohlfahrt, Flüchtlingshilfe oder Sport. Das politische Interesse fokussiert also nicht nur auf Kultur und auch nicht nur auf ländliche Räume. Kulturelles Engagement hat aber besonders dort eine große Bedeutung, wo die Dichte an institutionalisierten Kulturangeboten geringer ist.

Zunächst ist Engagement auch in der Kultur ein breiter Begriff, der das Aktivsein in unterschiedlicher Art und Intensität bezeichnet: Engagierte sind Initiatoren von Angeboten und Veranstaltungen, die klassischen Inhaber eines Ehrenamts (wie Vereinsvorstand), aber auch Helfer und Mitwirkende. Empirische Beobachtungen in ländlichen Räumen legen nahe, dass es im Kulturbereich vielfach Zugezogene sind, die Initiative ergreifen, um lokales Kulturerbe zu schützen (wie lokale Baukultur, Heimatvereine), Traditionen zu bewahren (wie Feste) und Kulturpraxis zu ermöglichen (wie Chöre, Amateurtheater). Ob Zugezogene oder Alteingesessene – eine solche Unterscheidung mag für lokale Analysen des Kulturlebens relevant sein, für Kulturförderinstrumente ist sie es sicher nicht. Wichtig ist jedoch, die Funktionsweise von kulturellem Engagement zu verstehen, gleichsam die »Grammatik des kulturellen Engagements in ländlichen Räumen«.

Für eine angemessene Kulturförderung stellt sich die Frage: Wer sind die Motoren von Kultur in ländlichen Räumen, die Engagierten, die Initiatoren, die »Kümmerer«? Diese Frage wird von Fördermittelgebern aktuell sehr unterschiedlich beantwortet: Mal beschränkt sich ihr Interesse auf die Leistung unbezahlter Arbeit, mal fokussieren sie auf das in Kultur- und Heimatvereinen, Chören oder Amateurtheatern organisierte Engagement als Säule für gesellschaftlichen Zusammenhalt und andere unterstützen gezielt Kreative und Kulturschaffende mit Unternehmergeist, die verwaiste oder von Leerstand bedrohte Orte und Landschaften mit

ihren Visionen neu beleben wollen (gelegentlich als »Raumpioniere«⁴ bezeichnet). Das eine schließt das andere nicht aus, führt aber in Förderinstrumenten zu unterschiedlichen Angeboten, Vorgaben, Kriterien oder Nachweispflichten.

Auf der lokalen Ebene sind es oftmals Einzelne, die kulturelle Aktivitäten am Laufen halten, die »Betriebsnudeln«, die »Kümmerer«, diejenigen, die von der lokalen Bevölkerung als Ansprechpersonen und Netzwerker wahr- und angenommen werden. Ihre Leistung sei »zurückhaltender« und bestehe in »Lernen, Wertschätzen, Rahmen, Vermitteln, Bewahren, Seelsorgen«; diese zentralen Akteur*innen gelte es bedarfsgerecht zu unterstützen (Kegler/Kranixfeld).

Wo es diese engagierten Einzelpersonen nicht (mehr) gibt, müssen kulturpolitisch Einrichtungen stärker in den Blick kommen, die solche Funktionen des Zuhörens, Anschießens und Koordinierens breiten- oder soziokultureller Aktivitäten (vorübergehend) übernehmen können, wie Soziokulturelle Zentren, kirchliche oder Bildungsträger (Kegler/Kranixfeld).

Somit kann die Zusammenarbeit zwischen Laien und Profis im Kulturbereich insbesondere in ländlichen Räumen existenziell für kulturelle Angebote sein, ist jedoch auch ein schwieriges Feld. In den professionell geführten Kultureinrichtungen selbst müsse ein differenzierteres Verständnis von Ehrenamt aufgebaut werden. Ziel von Qualifizierungsmaßnahmen zum Thema Engagementförderung in ländlichen Räumen müsse es sein, so ein Fazit im Themenraum »Kulturförderung«, für die Besonderheiten und damit auch für zentrale Konfliktfelder zu sensibilisieren, die häufig aus mangelnder Wertschätzung und Anerkennung der Potenziale und des Know-how von Engagierten sowie der in ihrer Freizeit geleisteten Arbeit resultieren. »Die Frustrationsgrenzen sind niedrig, denn das Ehrenamt ist keine Erwerbsarbeit, sie darf die Erfüllung von Pflichtaufgaben auch nicht versteckt ersetzen.« (Krueger/Drews/Fischer)

Auf Bundesebene sollte Engagement »durch den Erwerb von Rentenanwartschaften durch kulturelle Ehrenämter« gefördert werden (Kegler/Kranixfeld).

2.2 Förderung für Künstler*innen existenzsichernd gestalten

Dies kommt sicher nicht nur in ländlichen Gebieten vor: Künstler*innen und Kulturschaffende, die Kulturprojekte organisieren, »verzichten auf Honorare für ihre eigene organisatorische oder künstlerische Tätigkeit« (Braun), teilweise aufgrund von Vorgaben der Förderprogramme, teilweise aus Unkenntnis gegebener Möglichkeiten, aus Bescheidenheit oder weil

4 Wenn auch aufgrund seiner militärischen Konnotation umstritten, so ist der Begriff »Raumpionier« als Analysekategorie nützlich. Kennzeichnend für Raumpioniere sei, so Ulf Matthiesen, dass sie »nicht selten äußerst geschickt das Selbstorganisationspotenzial gemeinschaftsorientierter informeller Milieus mit den strategischen Netzwerkdynamiken in Markt, Politik und Zivilgesellschaft (mischen)« (zit. nach Faber/Oswald 2013: 158). Mit ihren neuen Lebens- und Tätigkeitsformen schaffen sie Erneuerungsperspektiven für die Region, denn sie ziehen Interessierte an, die mitwirken und partizipieren wollen, und sind Vorbild und Nährboden für nachziehende Projekte.

sie den Aufwand unterschätzen. Den Teilnehmer*innen des Themenraums »Kulturförderung«, lag dieses Thema sehr am Herzen, so dass es von mehreren Arbeitsgruppen aufgebracht wurde.

Der Bescheidenheit oder Unkenntnis von fördertechnischen Möglichkeiten können und sollten Beratungsstellen in öffentlichen Verwaltungen sowie die der Fördermittelvergabestellen entgegenwirken. Jedoch ist dieses Phänomen nicht allen Programmverwaltern bewusst und tatsächlich sind Künstlerhonorare nicht in jedem Programm förderfähig. Daher wird gefordert, dass »eigene künstlerische und kulturmanagerielle Tätigkeiten der handelnden Akteure im Kostenansatz enthalten und entlohnbar sein (müssen)« (Braun). Um die für einen Zuschuss in der Regel erforderliche Kofinanzierung leisten zu können, sollte »Eigenleistung durchgängig als Eigenmittel anerkannt werden« (ebd.).

Zudem sollte es »verpflichtende Mindeststandards für die Bezahlung von Künstlerinnen und Kulturschaffenden« (Schwiening/Burmeister-van Dülmen/Scheerer) geben, zumindest wenn der öffentliche Kulturbetrieb sie engagiert: »D.h. Kultureinrichtungen, die öffentliche Zuwendungen erhalten, müssen Künstlern und Pädagogen angemessene (Mindest-)Löhne und Honorare zahlen« (Braun).

»Auf Bundesebene«, so ein Vorschlag, sollten die »Sozialleistungen für Kreative« ausgebaut werden (Kegler/Kranixfeld).

2.3 Bottom-up-Prozesse organisieren bzw. unterstützen

Förderung von Kultur in ländlichen Räumen müsse die in den Regionen lebenden und tätigen Menschen einbeziehen. Ein Beispiel und in gewisser Weise auch Vorreiter ist die seit vielen Jahren und mit Erfolg (und EU-Mitteln) umgesetzte LEADER-Förderung in ländlichen Regionen Europas. Bestandteil der mit ihr angestoßenen Regionalentwicklungsprozesse sind häufig auch kulturelle Projekte. Die Vor- bzw. Ko-Finanzierung zu Landes-, Bundes- oder EU-Programmen stelle für ländliche Gemeinden allerdings teilweise ein Problem dar.

Für Fördermaßnahmen aller Ebenen seien Beteiligungsprozesse bei der Festlegung von Förderzielen und -inhalten nötig: »Damit Angebote nicht an den Bedarfen der Menschen vor Ort vorbeigehen, ist es wichtig, im Austausch zwischen Bürger*innen und kulturpolitisch Verantwortlichen, Stärken und Potentiale zu definieren, um Fördermittel für kulturelle Entwicklung gezielt einsetzen zu können. Kulturbeiräte oder andere vor Ort gewählte bzw. legitimierte Vertreter*innen können in Förderentscheidungen einbezogen werden. Dafür werden in den Förderprogrammen auf Ebene der Kommunen Begleitstrukturen für Vernetzung, Beratung, Qualifizierung (von Akteuren und Verwaltungen) (...) benötigt.« (Jagla/Schmidt/Sowada)

Hervorgehoben wird von einer Arbeitsgruppe eine Methode der kulturellen Regionalentwicklung, die Gegenstand von Kulturförderung sein sollte, nämlich die »kulturelle Selbstbeschreibung einer Nachbarschaft, Kommune oder Region unabhängig von formalen Grenzen im

Sinne von Kulturlandschaft sowohl physisch als auch geistig verstanden. Das fördert den Ort und die Region und stärkt das Selbstbewusstsein der kulturell Handelnden« (Krueger/Drews/Fischer). Damit können Selbstorganisationskräfte und die Übernahme von Verantwortung in ländlichen Räumen gefördert werden.

2.4 Förderformen diversifizieren

Kulturförderung für ländliche Räume müsse die Vielfalt der Akteure berücksichtigen, die kulturelle Angebote machen. Von großer Bedeutung seien Einzelpersonen, bottom-up- und soziokulturelle Ansätze, die nicht institutionell verortet sind, sowie Angebote von nicht-kulturspezifischen Akteuren wie Feuerwehren, Sportvereinen, Bildungseinrichtungen, Kirchen und anderen.

»Neben der Projekt- und institutionellen Kulturförderung sind vor allem in ländlichen Räumen dringend angemessene und an den kulturellen Arbeitsweisen orientierte Förderformen einzusetzen, wie passende Grund- und Bestandsförderung, Betriebskosten- und Mietzuschüsse, aber auch Konzept-, Initiativ-, Recherche-, Prozess- und Strukturförderungen, Stipendien sowie die Einrichtung von Förderfonds aus mehreren Ressorts wie Kultur, Soziales, Jugend.« (Braun) So fordert auch eine andere Arbeitsgruppe, die Vielfalt der Förderlandschaft insbesondere auf Landesebene auszubauen in »Kontinuitäts-, Innovations-, Investitions-, Strukturförderung etc. Es muss möglich sein, den Bestand zu sichern und Experimente zu wagen« (Kegler/Kranixfeld). Betont wird die Notwendigkeit, kulturelle Prozesse (und weniger Ergebnisse und Produkte) zu fördern. Damit ist ein zentrales Spannungsfeld benannt, das sich fördertechnisch zwischen institutioneller und projektbezogener Förderung entfaltet.

Insbesondere hinsichtlich der Projektförderung wird »Innovationskritik« gefordert: »Ein Museum kann nicht jedes Jahr eine große Ausstellung verwirklichen, sondern braucht einen langen Vorlauf für besondere Projekte.« (Krueger/Drews/Fischer)

Konkrete Forderungen sind:

- »längerfristige Förderung (5-10 Jahre) auf der Basis von Rahmenverträgen,
- themenoffene Förderung,
- Unterstützung der Projektentwicklungsphase (künstlerische und inhaltliche Konzeptarbeit, Casting, Erstellung des Finanzkonzepts und Partnerfindung etc.), die die Möglichkeit des Scheiterns einschließt,
- Unterstützung bei inhaltlichen und strukturellen Wandlungsprozessen, Generationswechsel etc., Beratung und Changemanagement als Förderleistung,
- Lösungsansätze für die Zeit nach Auslaufen der Finanzierung, insbesondere im Hinblick auf die Weiterführung von (durch die Förderung) angeschobenen Entwicklungen,
- institutionelle und Projektförderung dürfen sich nicht gegenseitig ausschließen, sie müssen sich ergänzen,

- Förderverfahren müssen mit Transparenz und Fachexpertise (kompetente Jurys als Auswahlgremien) geführt werden.« (Braun)

Vorgeschlagen wurde die »Einrichtung eines kommunalen Verfügungsfonds für unbürokratische und zeitnahe Förderung: Vielen kleinen kommunalen Akteur*innen fehlt das Know-how (und die Zeit) für umfangreiche Antragsverfahren. Zudem benötigen sie oft nur kleine Budgets. Ein Verfügungsfonds, der Ideen unbürokratisch und ohne aufwendige Verwendungsnachweise fördert, wäre hier wichtig. Dabei sollte die Idee partizipativ verwalteter Budgets (als Vorbild sei hier z.B. die Youth Bank genannt) verfolgt werden.« (Kegler/Kranixfeld)

In diese Richtung ging auch der Vorschlag, es »sollten regionale Kulturförderfonds eingerichtet werden, aus denen auch unbürokratisch Mittel bereitgestellt werden können, wenn z.B. kurzfristiger Bedarf entsteht.« (Krueger/Drews/Fischer)

Der Wunsch nach Entbürokratisierung der Förderverfahren wurde vielfach geäußert und er ist nicht neu⁵. Auf verschiedenen Ebenen wird zurzeit daran gearbeitet – dazu im Folgenden ein paar Beispiele. Wenn in Baden-Württemberg und Niedersachsen im Rahmen von Dialogprozessen beziehungsweise Regionalkonferenzen neue kulturpolitische Konzepte – nicht nur aber auch – für Kultur in ländlichen Räumen erstellt werden, bleibt zu hoffen, dass in den neuen Förderkonzepten, die als konkrete Ergebnisse erwartet werden, tatsächlich Vereinfachungen für die Fördermittelempfänger umgesetzt werden.⁶ Deziert mit der Vereinfachung des Zuwendungsrechts mit dem Fokus auf den Dritten Sektor setzt sich beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V. (AWV) auseinander, die im vergangenen Sommer erste Vorschläge zur Modernisierung der Zuwendungspraxis veröffentlicht hat. In Nordrhein-Westfalen haben die Koalitionsfraktionen der CDU und FDP im Landtag einen Antrag »Zuwendungsrecht effektiv entbürokratisieren und vereinfachen« gestellt und schlagen darin vor, mit der Kulturförderung als Pilotbereich zu starten. Im Mai 2019 wird eine Expertenkommission der Sächsischen Landesregierung Vorschläge zur Vereinfachung der Förderverfahren unterbreiten, mit der sowohl Kommunen als auch zivilgesellschaftliche Förderempfänger entlastet werden sollen.⁷

5 Vgl. exemplarisch Gürtler 2013. Ausgabe II/2019 der Kulturpolitischen Mitteilungen wird sich im Schwerpunkt mit dem Zuwendungsrecht und konkret mit dem Thema Projektförderung befassen (erscheint im Juni 2019).

6 Baden-Württemberg: <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/dialog-zur-kulturpolitik-fuer-die-zukunft/> (4.4.2019); Niedersachsen: https://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/kultur/kulturpolitik/landkultour_wandel_begleiten/landkultour-169826.html (4.4.2019)

7 Siehe Impulspapier der AWV: <https://www.awv-net.de/upload/pdf/Zuwendungspraxis/AWV-Impulspapier-Modernisierung-der-Zuwendungspraxis-fr-den-Dritten-Sektor.pdf> (4.4.2019); Antrag der Koalitionsfraktionen CDU und FDP im Landtag NRW: <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-4302.pdf> (4.4.2019); Expertenkommission in Sachsen: <https://medienservice.sachsen.de/medien/news/217811?page=1> (4.4.2019)

Neben der Entbürokratisierung fordern Teilnehmer*innen des Themenraums auch eine bessere Rahmung der Förderung: »Förderverfahren sollen dynamisiert werden, d.h. sie sollen eine Entwicklung begleiten, zielorientiert und konzeptgestützt vorgenommen und evaluiert werden.« (Braun) Einige Bundes- und Landesprogramme, wie auch das TRAFÖ Programm, wurden bereits mit begleitenden Verfahren und einer Evaluation verknüpft.

2.5 Beratungsstrukturen ausbauen

Sowohl für die Akquise von Fördermitteln als auch für die Umsetzung von Projektträgern wird mehr Unterstützung von der öffentlichen Hand gefordert: So wird die »Einrichtung von Servicestellen [vorgeschlagen], gedacht als Knotenpunkte mit aufsuchender Beratung und Übernahme von Antragstellungen für Fördermittel inklusive Abrechnung, ggf. auch als Prozessbegleitung in Projekten« (Kegler/Kranixfeld).

»Initiativen und Aktive vor Ort brauchen eine professionelle Begleitung und Unterstützung, die auf Augenhöhe mit den Akteuren und vor allem aus ihrer Perspektive ihre Erfordernisse identifiziert, fachlich berät und ihre Projekte begleitet. Das gelingt nicht allein mit selbstständigen Kulturberatern, die von ehrenamtlichen Initiativen meist nicht honoriert werden können. Es bedarf einer stärkeren personellen Beratungsstruktur durch regional verortete, hauptamtliche Fachleute, z.B. in Landschaften, Kreisen, oder anderen staatlichen Stellen. Für eine gute Begleitung und Beratung braucht es erfahrene und gut vorbereitete, auch in Gesprächsführung und Moderation geschulte Fördermentoren.« (Krueger/Drews/Fischer)

Literatur

Faber, Kerstin / Oswalt, Philipp (Hrsg.) (2013): Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge, (Edition Bauhaus Bd. 35), Spector Books, Dessau/Leipzig

Grabski-Kieron, Ulrike (2016): »Politik im und für den ländlichen Raum«, in: Aus Politik in Zeitgeschichte. Land und Ländlichkeit, APuZ – Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung, S. 23–28

Gürtler, Klaus (2013): »Zumutungen des Zuwendungsrechts. Erwartungen an eine kooperative Kulturförderung«, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 142, Heft III/2013, hrsg. v. Kulturpolitische Gesellschaft e.V., Bonn, S. 12–14

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (MFKJKS NRW) (2017): Landeskulturbericht 2017, Düsseldorf

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2018): Kulturfinanzbericht 2018, Wiesbaden; <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Kultur/Kulturfinanzbericht.html>, letzter Zugriff: 22.2.2019

April 2019

Christine Wingert ist Wiss. Mitarbeiterin
des Instituts für Kulturpolitik
der Kulturpolitischen Gesellschaft
Weberstraße 59a, 53113 Bonn
wingert@kupoge.de
www.kupoge.de